

IM BLICKPUNKT

Von Armin Harry bis Peter Hartz

Das Saarland gehört am 1. Januar seit 50 Jahren zur Bundesrepublik – Ministerpräsident Müller setzt auf Selbstständigkeit

VON UNSEREM REDAKTEUR
WOLFGANG KREILINGER

► „Saarland – Schön, dass du da bist.“ Unter diesem Motto feiert das älteste neue Bundesland am Neujahrstag bei einem Festakt mit Bundeskanzlerin Angela Merkel den Eintritt in die Bundesrepublik Deutschland, der dann auf den Tag genau 50 Jahre zurückliegt.

Ministerpräsident Peter Müller (CDU) und sein Kabinett fahren gemeinsam mit Merkel per Sonderzug von Merzig nach Saarbrücken, so wie vor 50 Jahren Konrad Adenauer und die damalige Saar-Regierung unter Hubert Ney (CDU). Und dabei wird Müller einen seiner Lieblingsätze kund tun: „Wer 50 wird, der kann den Elan der Jugend mit der Weisheit des Alters verbinden.“

Das Jubiläum fällt in keine leichte Zeit für das mit fast zehn Milliarden Euro verschuldete Saarland, das sich zum dritten Mal in den 50 Jahren auf eine unverschuldete Haushaltsnotlage beruft und vor dem Bundesverfassungsgericht Sonderzuschüsse einklagt. Da nicht ausgeschlossen ist, dass die obersten deutschen Richter dieses Ansinnen ablehnen und eine Länderneugliederung mit größeren Einheiten anmahnen, lässt Müller zurzeit keinen Anlass an, auf die Vorteile der Selbstständigkeit von knapp einer Million Saarländer hinzuweisen. Der Ministerpräsident erinnert an die Vorreiterrolle bei der Einführung des achtjährigen Gymnasiums und des beitragsfreien letzten Kindergartenjahres, dem andere Länder nach anfänglicher Kritik folgen würden. Dass mittlerweile in Nordrhein-Westfalen ernsthaft über ein Ende der Kohle-Subventionen diskutiert wird, hat sicherlich auch Müller mit seinem Kurs vom Auslaufbau vorbereitet. Das Saarland ist nicht nur für die Konsumgüterindustrie ein beliebtes Testland.

Französisch lernen

Achtmal binnen 200 Jahren wechselte der Landstrich seine Nationalität. Nach den beiden Weltkriegen gehörte das Kohle- und Stahlrevier wirtschaftlich zu Frankreich. Und in beiden Fällen entschied sich die Bevölkerung in Volksabstimmungen für die politische Anbindung an Deutschland. Trotzdem ist die Bindung an Frankreich immer noch sehr eng.

Im Saarland lernen so viele Menschen Französisch wie in keinem anderen Bundesland. Jeder sechste Kindergarten betreut die Kleinsten zweisprachig. Ein Fünftel der Erstklässer wird in Französisch unterrichtet, in allen dritten und vierten Klassen ist die Sprache des Nachbarlandes obligatorisch. So erklärt sich auch, dass in den Gymnasien 54 Prozent der Schüler mit Französisch beginnen

und der Englisch-Unterricht für sie erst ab Klassenstufe sieben einsetzt.

Trotz der zunehmenden Bedeutung von Englisch und auch Spanisch im Berufsleben wirbt Ministerpräsident Müller für die Einstiegssprache Französisch. „Wer erst Englisch lernt, ist viel weniger motiviert, sich der Mühe zu unterziehen, eine weitere Sprache zu erlernen“, verweist er auf Untersuchungen von Sprachexperten. Außerdem sei der Transferwert des Französischen für das Erlernen weiterer Sprachen viel höher als bei Englisch.

Pendlerströme

21.000 Franzosen fahren täglich zur Arbeit ins Saarland. Und 6000 Deutsche machen sich das „Leben wie Gott in Frankreich“ zu eigen und sind sogar ins Nachbarland gezogen, obwohl sie weiterhin im Saarland ihrer Arbeit nachgehen. Noch stärker sind die Pendlerströme nur ins nördliche und östliche „Ausland“ ausgeprägt. 22.000 Rheinland-Pfälzer verdienen im Saarland ihre Brötchen. Vor allem bei den großen Homburger Arbeitgeberbossen, Schaeffler, Karlsberg und Michelin stellt die Fraktion der Pfälzer über ein Drittel der Belegschaft. Umkehrt pendeln rund 12.000 Saarländer täglich nach Rheinland-Pfalz.

Saarländer haben die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mitgeprägt: Angefangen mit Leichtathlet Armin Harry, der als erster Mensch auf der Welt 1960 die 100 Meter in zehn Sekunden lief. In aller Munde waren – und sind – auch der einstige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, Grand-Prix-Sängerin Nicole Seibert („Ein bisschen Frieden“), Kabarettist Gerd Dudenhöffer („Heinz Becker“) und Peter Hartz, der Mann, der der Arbeitsmarktreform der rot-grünen Bundesregierung einen Namen gab.

STICHWORT

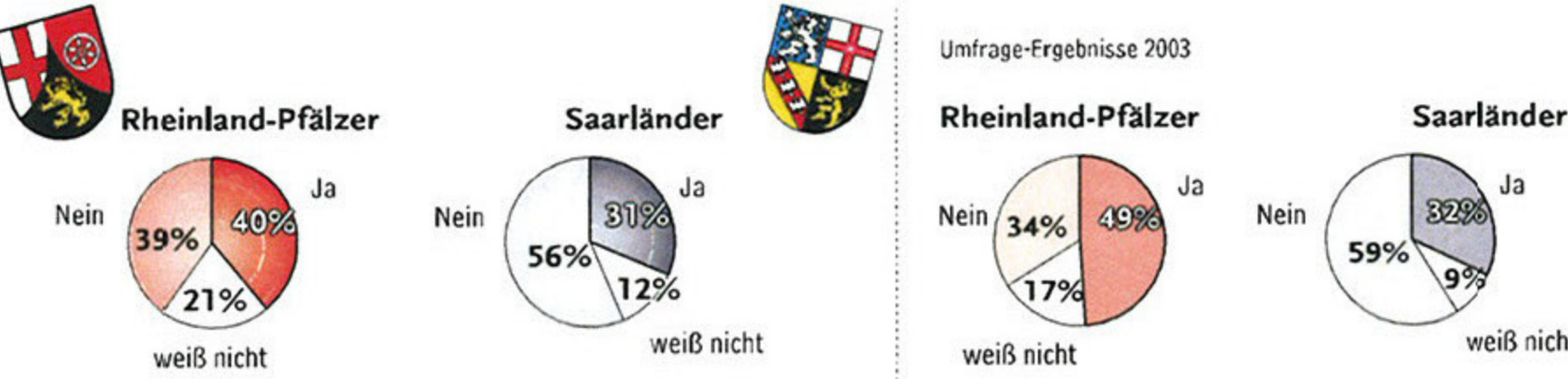
Saar-Statut

Die Frage nach der Zukunft der Kohle- und Stahlregion an der Saar belastete das Verhältnis der jungen Bundesrepublik zu Frankreich. In den Pariser Verträgen einigten sich beide Länder 1954 auf das so genannte Saar-Statut, das eine begrenzte Autonomie, aber eine wirtschaftlich enge Anbindung an Frankreich vorsah. Doch die Saarländer lehnten im Oktober 1955 bei einer Wahlbeteiligung von über 97 Prozent mit einer Zweidrittel-Mehrheit das Statut ab und stimmten praktisch für die Rückkehr nach Deutschland. Frankreich und Deutschland unterzeichneten im Oktober 1956 den Luxemburger Vertrag. Mit ihm wurde das Saarland zum 1. Januar 1957 das erste neue Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. (wkr)

FUSION RHEINLAND-PFALZ/SAARLAND?

Für die CMR-Umfrage im Auftrag der RHEINPFALZ wurden 1500 Bürger in Rheinland-Pfalz und im Saarland befragt.

Befürworten Sie eine Zusammenlegung von Rheinland-Pfalz und Saarland zu einem Bundesland?



Welche Auswirkungen erwarten Sie von einer Zusammenlegung beider Bundesländer?



GRAFIK: RHEINPFALZ-HDL

Jeweils fehlende Werte zu 100 Prozent; weiß nicht/keine Angaben

QUELLE: CMR

Rheinland-Pfälzer auf Distanz

CMR-Umfrage: Nur noch 40 Prozent der Befragten sind für die Fusion

► Die Zustimmung der Rheinland-Pfälzer für eine Fusion mit dem Saarland geht deutlich zurück. Die überwiegende Skepsis im Saarland hält weiter an. Das sind die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, die das Mannheimer Meinungsforschungsinstitut CMR im Auftrag der RHEINPFALZ durchgeführt hat.

CMR führte die Umfrage im Januar 2003 schon einmal durch. Damals wurden 500 Saarländer und 1000 Rheinland-Pfälzer, davon 500 außerhalb der Pfalz, befragt. 40 Prozent der Rheinland-Pfälzer befürworteten eine Fusion mit dem westlichen Nachbar. Vor fast vier Jahren waren es noch 49 Prozent. Die Fraktion der „Nein-Sager“ steigt von 34 auf 39 Prozent. Dagegen stellt CMR im Saarland so gut wie keinen Stimmungswandel fest: 31 Prozent (2003; 32 Prozent), also rund ein Drittel der Befragten, sind weiterhin für die Fusion. Der Anteil der Fusionsgegner reduziert sich leicht von 59 auf 56 Prozent.

Als Grund für den Meinungswandel in Rheinland-Pfalz darf gemutmaßt werden, dass die Bürger weniger

darin glauben, dass ein Zusammenschluss Kosten einspart oder das politische Gewicht der Region ansteigt. Diese Faktoren werden nämlich bei der Umfrage deutlich geringer bewertet wie noch 2003. Gleichzeitig befürchteten zunehmend mehr Rheinland-Pfälzer weniger Bürgernähe, Verlust der regionalen Identität und höhere Kosten.

Unverändert wichtig bleibt den Saarländern ihre eigene Identität. 54 Prozent der Befragten begründen mit diesem Argument ihre Skepsis, 2003 waren es 51 Prozent. Angst, ihre regionale Identität aufzugeben, äußern mittlerweile 39 Prozent der Rheinland-Pfälzer, neun Prozent mehr als 2003.

Hans-Michael Mohr von CMR spricht von einem „klaren Stimmungswandel“ in Rheinland-Pfalz. Er interpretiert die Zahlen dahingehend, dass möglichen Vorteile eines Zusammenschlusses deutlich geringer bewertet werden. Für den mit 21 Prozent relativ hohen Anteil an Meinungslosen in Rheinland-Pfalz hat er folgende Erklärung parat: „Ich vermute, die Rheinland-Pfälzer haben

gelernte Vorbehalte, die sich nicht durch eigene Erfahrungen bestätigen lassen. Der Befragte neigt dazu, sich politisch nicht zu äußern und wählt die bequeme Mitte.“

Der saarländische Regierungssprecher Udo Recktenwald nimmt die Umfrage schmunzelnd auf. „Es bleibt dabei: Die große Mehrheit der Saarländer ist gegen eine Länderfusion, zumal es in den Neugliederungsdebatten nicht um die Reduzierung von 16 auf 13, sondern auf sechs oder fünf Bundesländer geht – dann würde auch Rheinland-Pfalz nicht eigenständig fortbestehen“, erklärt er. Eine föderales System lebe vom Nebeneinander kleiner und großer Einheiten. „Kleine Boote sind beweglicher, flexibler und schneller als schwerfällige Tanker“, so der Sprecher von Ministerpräsident Peter Müller.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck lässt durch seinen Sprecher Walter Schumacher ausrichten, dass er weiter zu seinem Vorschlag stehe, in beiden Ländern eine Volksabstimmung über eine Länderfusion durchführen zu lassen. (wkr)

—Kommentar

ZWISCHEN RHEIN UND SAAR

Ehepaar soll 66 Opfer in Kreditfalle gelockt haben

NEUSTADT (ros). Wegen Betrugs in erheblichem Umfang muss sich ab Januar ein Ehepaar aus Neustadt vor dem Landgericht Frankenthal verantworten. Das Duo im Alter von 68 beziehungsweise 39 Jahren soll in 66 Fällen seinen Opfern vorgespielt haben, ihnen Kredite vermitteln zu können. Laut Anklage ging es den beiden aber nur um das Abbekassieren eines Kreditvermittlungshonorars in Höhe von sechs Prozent der Kreditsumme. Nach Angaben eines Gerichtssprechers soll dadurch ein Schaden von insgesamt 130.000 Euro entstanden sein. Das Ehepaar habe es jeweils in Kauf genommen, dass es ihm nicht gelingen werde, tatsächlich einen Kredit zu vermitteln. Für den Prozess, der am 31. Januar beginnt, sind zunächst insgesamt neun Verhandlungstage angesetzt.

Zugang von Anglern zu Leinpfaden am Rhein geklärt

MAINZ (jüm). Angler, die den pfälzischen Fischereierlaubnisschein besitzen, können am Oberrhein 44 öffentliche Anfahrts- und Parkmöglichkeiten nutzen. Auf ein entsprechendes Konzept haben sich die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Süd, das Wasser- und Schifffahrtsamt Mannheim, das Forstamt Pfälzer Rheinauen, der Sportfischerverband Pfalz und der Landesfischereiverband Rheinland-Pfalz geeinigt, informiert das Mainzer Umweltministerium gestern. Die Anfahrtsmöglichkeiten an den Leinpfaden sind zwischen der französischen Grenze und der Mündung der Isenach gelegen. Die Einzelheiten sollen ab Mitte Januar auf der Internetseite der SGD Süd (www.sgdsued.rlp.de) veröffentlicht werden. Dort werden Karten zum Herunterladen bereit gestellt.

PFALZ KOMPAKT



Sonderpreis für Rosendorf. Die als pfälzisches Rosendorf bekannte Gemeinde Schmitzhausen (Landkreis Südwestpfalz) erhält den Sonderpreis des Mainzer Umweltministeriums für vorbildliche ökologische Leistungen. Damit werden vor allem die Bemühungen gewürdigt, den 467 Einwohner zählenden Ort zu begrünen. Unter anderem wurde der gesamte, ortsprägende Baumbestand unter Schutz gestellt. Darüber hinaus informiert seit Jahrzehnten ein kleiner Kreis aktiver Dorfbewohner seine Mitbürger mit Vorträgen und Ausstellungen über Umwelt- und Naturschutz. Der Preis ist mit 3.000 Euro dotiert. (swz/Archivfoto)

Gespräch der Religionen. Oberkirchenrat Christian Schrad hat dazu aufgerufen, fanatische Strömungen aller Art zu verwerfen. Die Ursachen von Gewalt und Terror müssten langfristig bekämpft werden, sagte Schrad mit Blick auf das Neujahrsgestein in Speyer. Die Trennlinie verlaufe „nicht zwischen den Religionen und Kulturen, sondern zwischen Toleranz und Intoleranz, zwischen Menschenwürde und Menschenverachtung“. Der Ökumenedezernent der pfälzischen Landeskirche und stellvertretende Kirchenpräsident lud zu einem Gespräch der Religionen und Kulturen untereinander ein. Nur dadurch könne die Einsicht gefördert werden, dass religiöse Unterschiede keine Gewalt rechtfertigten. (swz)

Unfallversacher erliegt Verletzungen. Der 30 Jahre alte Autofahrer aus dem Kreis Südwestpfalz, der laut Polizei durch riskante Überholmanöver und überhöhtes Tempo am Samstagabend bei Stelzenberg (Kreis Kaiserslautern) einen Verkehrsunfall verursacht hatte, ist seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Pkw des 30-Jährigen war auf einen entgegenkommenden Wagen geprallt. Dabei erlitten die Insassen, ein 40 und 49 Jahre altes Ehepaar ebenfalls aus dem Kreis Südwestpfalz, schwere Verletzungen und ein Hund wurde getötet. (swz)



Mit der Abstimmung über das politische Statut des Saarlandes im Jahr 1955, vor der im Wahlkampf Befürworter und Gegner für ihre Position geworben hatten (unser Bild), wurde die Eingliederung der Region in die Bundesrepublik eingeleitet: 67,7 Prozent der Saarländer votierten damals indirekt für die Vereinigung. 1957 kam es dann dazu. —FOTO: EPD

KOMMENTAR

ZU VIEL EMOTION

VON WOLFGANG KREILINGER

► Seitdem Kurt Beck neben dem Land Rheinland-Pfalz auch die SPD-Bundespartei führt, gab es keine offensichtlichen Umarmungsversuche in Richtung des saarländischen Nachbarn mehr. Das mag Zufall sein, mit der Doppelbelastung der Ämter zusammenhängen oder schlicht mit dem Umstand, dass im Rahmen der anstehenden zweiten Förderalismusreform das Thema nicht auf der Tagesordnung steht. Auch in den Köpfen der Bürger ist die Diskussion in den Hintergrund geraten. Dafür spricht die hohe Zahl der Unentschiedenen, die bei der CMR-Umfrage keine Meinung zur Länderfusion äußern.

Es gibt zu wenig fundierte Erkenntnisse über Kosten und Nutzen einer Länderneugliederung.

Das Saarland wird in seinem Geburtsstagsjahr selbstbewusst für die Eigenständigkeit eintreten. Die hohe Bedeutung, die seine Bürger der regionalen Identität beimessen, ist das Pfund, mit dem Peter Müller wuchern kann. Emotionen bestimmen den Diskussionsstand, selbst wenn es um nachprüfbare Kriterien wie die Kosten geht. Eine sachliche Debatte kommt oft zu kurz. Warum einigen sich die Länderchefs bei der Förderalismusdebatte deshalb nicht einmal auf eine möglichst ausgewogene und seriöse Untersuchung, bei der Kosten und Nutzen einer Neugliederung auf den Prüfstand kommen?

Weitere Fundamente mit Rissen

Windkraft-Unternehmen zu Kreisverwaltung: Standfestigkeit nicht gefährdet

► KAISERSLAUTERN (ros). Auch bei sechs Windkraftanlagen im Landkreis Kaiserslautern sind Risse in den Fundamenten festgestellt worden. Nach Angaben der Kreisverwaltung hat der Betreiber allerdings erklärt, es handle sich um „unauffällige“ Schäden, eine Abschaltung der Anlagen sei nicht erforderlich.

Damit haben sich RHEINPFALZ-Informationen bestätigt, wonach es sich bei den Rissen in den Fundamenten zweier Anlagen bei Weselberg (Kreis Südwestpfalz) um keine Einzelfälle handelt (wir informierten am Mittwoch). Diese Schäden waren Anfang Dezember durch einen Zufall öffentlich bekannt geworden, für die Sanierungsarbeiten wurden die beiden Windräder abgeschaltet. Betreiber der betroffe-

nen Anlagen im Kreis Südwestpfalz und im Kreis Kaiserslautern ist die Juwi-Gruppe (Mainz). Ein Sprecher des Unternehmens hatte zudem RHEINPFALZ-Recherchen bestätigt, wonach auch Anlagen bei Morbach im Hunsrück wegen der Riss-Problematik abgeschaltet werden mussten.

Im Fall der Windräder im Kreis Kaiserslautern – fünf stehen bei Reichenbach-Steegen, eines bei Queidersbach – sind die Schäden offenbar weniger dramatisch. Der Betreiber habe in einer Stellungnahme, die der Kreis angefordert habe, inzwischen mitgeteilt, dass ein Gutachter die Risse untersucht und keine Bedenken gegen den weiteren Betrieb geäußert habe, sagte der Leiter der Bauabteilung, Karl-Ludwig Kusche gestern auf RHEINPFALZ-Anfrage. Er sehe aufgrund die-

ser Angaben deshalb derzeit keinen aktuellen Handlungsbedarf für die Kreisverwaltung, als Baurechtsbehörde in diesen Fällen einzuschreiten.

Unklar sei aber bisher der Grund der Rissbildungen, so Kusche weiter. Er werde wegen dieser Frage mit dem Betreiber in Kontakt bleiben. Von der Klärung der Ursache werde abhängen, wie mit den Rissbildungen in den Fundamenten der sechs Anlagen weiter verfahren werden müsse.

Wie berichtet, sind die Rissbildungen – in Rheinland-Pfalz könnten davon ein Dutzend weiterer Anlagen betroffen sein – bei einem bestimmten Windrad-Typ des Herstellers Vestas (Husum) aufgetreten. Unklar ist derzeit, ob in jedem größeren Schadensfall die Anlage auch jeweils ohne Verzögerungen abgeschaltet wurde.